

Jäger aus Niedersachsen wehren sich gegen neue Gesetze



Jagdhorn statt Trillerpfeife: Vor dem Landtag in Düsseldorf demonstrierten Jäger gegen das geplante neue Jagdrecht der rot-grünen Landesregierung. Foto: dpa

Osnabrück. Keine Totschlagfallen, kein Abschuss von Katzen und weniger jagdbare Arten: Das „ökologische Jagdgesetz“ des Landes Nordrhein-Westfalen hat vergangene Woche 15000 Jäger in Düsseldorf zum Demonstrieren animiert. Der Präsident der Landesjägerschaft (LJN), Helmut Dammann-Tamke, warnt im Gespräch mit unserer Redaktion: „Sollte in Niedersachsen dieser Versuch unternommen werden, werden wir als Landesjägerschaft das nicht so einfach hinnehmen.“

Schon jetzt wehren sich die Jäger in Niedersachsen gegen Einschränkungen durch die Jagdzeitenverordnung der Landesregierung. Bereits seit Oktober gibt es die Änderungen, die Jagd- und Schonzeiten regeln. Dadurch ist unter anderem die Jagd von Wasserwild in Schutzgebieten ebenso verkürzt worden, wie die Jagdzeit beim Dachs. „Das sind alles Einschränkungen, die wir fachlich und wildbiologisch nicht

nachvollziehen können“, sagt Dammann-Tamke. Die Landesjägerschaft und der Zentralverband der Jagdgenossenschaften und Eigenjagd in Niedersachsen (ZJEN) unterstützen laut dem Präsidenten daher „Normenkontrollanträge aus den jeweiligen Mitgliedschaften gegen diese Verordnung.“

Eine Überarbeitung des Jagdgesetzes nach [nordrhein-westfälischem Vorbild](#) ist laut Dammann-Tamke zwar „nicht akut“. Dennoch warnte er: „Wir erwarten als Interessensvertretung der Jägerinnen und Jäger in Niedersachsen in den Entscheidungsprozess zu einer Gesetzesnovellierung umfassend einbezogen zu werden.“ Der Präsident will einen Alleingang der rot-grünen Koalition verhindern. Die LjN sollte erster Ansprechpartner beim Thema Jagd sein. Schließlich seien von den etwa 60000 Menschen in Niedersachsen, die einen Jagdschein besitzen, 53000 auch in der Landesjägerschaft.

[„Ein Szenario wie in Düsseldorf wäre auch hier denkbar“](#), sagt Dammann-Tamke mit Blick auf die Demonstration in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt. Denn klar ist: Auch die Regierung Niedersachsen liebäugelt mit einer Novellierung. Im Koalitionsvertrag heißt es: „Zeitgemäße und naturnahe Jagd muss sich an ökologischen Prinzipien ausrichten und den Erfordernissen des Tierschutzes gerecht werden. Daher wird die rot-grüne Koalition das Jagdrecht novellieren und dabei auch die Jagd in EU-Vogelschutzgebieten thematisieren.“

Dammann-Tamke fragt sich allerdings, warum das Gesetz überhaupt verändert werden soll. „Wir halten das aktuelle Jagdgesetz, im Jahr 2002 von der damaligen SPD-Regierung grundlegend überarbeitet, für sehr bewährt“, sagt er. Es erlaube den Jägern in Niedersachsen eine nachhaltige Jagdausübung, und gebe ihnen die Möglichkeit, ihren gesetzlich auferlegten Pflichten nachkommen zu können. Der Gesetzesentwurf in NRW, an dem sich die Regierung in Niedersachsen möglicherweise orientiert, regelt die Jagd jedoch grundlegend neu. Die Liste der jagdbaren Arten wird dadurch kleiner. Hauskatzen dürfen nicht mehr geschossen werden, Hunde nur noch in Ausnahmefällen. Verboten werden die Fallenjagd mit Totschlagfallen, die Baujagd, bei der Hunde in die Bauten von Füchsen oder Dachsen eindringen, sowie die Jagdhundausbildung an flugunfähigen Enten. Die Jagd in Schutzgebieten wird eingeschränkt und die Jagdsteuer wieder eingeführt. Ob die rot-grüne Regierung in Niedersachsen so weit geht, kann Dammann-Tamke nicht einschätzen. „Zum jetzigen Zeitpunkt ist dies alles Spekulation“, erklärt er.

Seine Meinung zum Thema ist jedoch eindeutig: „Es besteht kein Novellierungsbedarf.“

Zur Demo in Düsseldorf kamen auch Jäger aus Niedersachsen. Der Presseobmann der LJV, Florian Rölfing, war mit dabei. Er erklärt: „Die Demonstration in Düsseldorf war ein Höhepunkt einer Entwicklung, die sich gesteigert hat. Es kam zu der Situation, weil die Argumente und berechtigten Forderungen der dortigen Jägerschaft in dem vorliegenden Entwurf keine ausreichende Berücksichtigung gefunden haben.“